

„Alle werden gebraucht“ – Schule – Ausbildung – Beruf Zweites Bildungspolitisches Forum der EKvW am 17. Februar 2009

Jeder fünfte Jugendliche ohne Ausbildung

„Bildungsverlierer in Deutschland ist nicht mehr das katholische Mädchen vom Lande, sondern der türkischstämmige Junge aus der Großstadt“ – das ist die Kurzform, auf die ein Teilnehmer am zweiten Bildungspolitischen Forum der Ev. Kirche von Westfalen die aktuelle Situation brachte. In Zahlen ausgedrückt: Jedes Jahr verlassen etwa 80.000 Schülerinnen und Schüler in Deutschland die Schule ohne Hauptschulabschluss. Diese Jugendlichen haben so gut wie keine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Aber auch diejenigen, die einen Schulabschluss erreicht haben, treffen auf dem „Ausbildungsmarkt“ auf die Altbewerber aus den vergangenen Jahren. Im Jahr 2004 waren es knapp 500.000 Jugendliche, die eine „Warteschleife“ in einem Übergangssystem der Berufsschule oder eines freien Projektträgers drehten. Die Jugendlichen mit Hauptschulabschluss sind in diesem Verdrängungswettbewerb besonders schlechte Chancen. Weniger als die Hälfte von ihnen befindet sich zur Zeit im dualen System der Berufsausbildung.

Bildungspolitische Foren in Haus Villigst

Diese Situation war Ausgangspunkt des zweiten bildungspolitischen Forums der Ev. Kirche von Westfalen. Die Reihe von vier bildungspolitischen Foren ist von der Landessynode 2007 angestoßen worden und soll die Fragen der Bildungsgerechtigkeit in die schulpolitische Debatte einbringen. Das erste Forum dieser Reihe hat sich im Spätsommer 2008 mit Fragen der Schulstruktur befasst und war erwartungsgemäß mit über 200 Teilnehmenden sehr gut besucht. Das Forum zum Übergang Schule – Ausbildung – Beruf hatte weniger tagespolitische Brisanz, wurde aber mit etwa 50 Teilnehmern dennoch gut angenommen. Insgesamt waren die Beiträge und Diskussionen von Nachdenklichkeit und differenzierter Wahrnehmung der Situation geprägt. Große inhaltliche Differenzen traten nicht einmal zwischen der Vertreterin der Arbeitgeberverbände und dem Vertreter des DGB auf. Allen Teilnehmenden stand deutlich vor Augen, dass die gegenwärtige Situation am Übergang Schule - Beruf ebenso bedrohlich wie schwer lösbar ist.

Schulpolitik des Landes NRW

Aus Sicht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes NRW betonte Ministerialdirigentin Dr. Beate Scheffler, dass jenseits aller Schulstrukturdebatten erstmals Finanzmittel eingesetzt werden, um Hauptschülern den Einstieg in ein Ausbildungsverhältnis zu erleichtern. In Praktika und besonderen „Praxisklassen“ soll nicht mehr nur ins Erwerbsleben „hineingeschnuppert“ werden, sondern zielgerichtet auf eine Ausbildung vorbereitet werden. Blickt man aber auf die anschließende Schulform, das Berufskolleg, so zeigen sich die Grenzen aller Maßnahmen. Fast 70.000 Schülerinnen und Schüler befinden sich dort allein in NRW in Bildungsgängen, die zur Ausbildung erst einmal qualifizieren sollen, gelten also als nicht ausbildungsfähig. Auch hier wurden in den letzten Jahren eine Fülle von Fördermöglichkeiten eingerichtet. In Diskussionsbeiträgen des Publikums wurde allerdings kritisiert, dass dies zu einer Unübersichtlichkeit führt, in der selbst Fachleute den Überblick verlieren.

„Gerechte Teilhabe“ – ein Mythos?

Als zweiter Referent des Nachmittags stellte Prof. Dr. Gerhard Wegner von der EKD die Frage, ob es sich beim Ziel der gerechten Teilhabe an Bildung nicht um einen Mythos handelt. Im Bildungssystem ist es kaum durchzusetzen, dass die 20% „Risikoschüler“ vorrangig gefördert werden – so seine These – weil die dazu erforderlichen Finanzmittel vor allem bei den „Bildungsgewinnern“ am Gymnasium eingespart werden müssten. Zugespitzt fragte Wegner: Wieso sollen die Eltern der Gymnasiasten die Schwächeren mitfinanzieren? Sie würden damit nicht nur gegen ihr eigenes Interesse handeln, sondern auch noch die Konkurrenz ihrer Kinder heranbilden.

Lassen sich Moral und Interesse verbinden?

Diese Frage müssen sich laut Wegner die in der evangelische Kirche tonangebenden Kreise des Bildungsbürgertums stellen. Sie möchten einerseits ihr Interesse wahren und andererseits moralisch handeln. Konsequenz ist ein Bildungsideal, das moralisch gut sein will und zugleich Privilegien sichert: Der sich selbst reflektierenden Mensch, ein Bildungsziel, das im frühen 19. Jahrhundert bei Schleiermacher und Humboldt formuliert wurde.

In der Geschichte des deutschen Bildungswesens hat die Ausrichtung der Bildung auf dieses Ideal immer dazu geführt, dass die große Mehrheit vom Bildungsaufstieg ausgeschlossen wurde. In den letzten 100 Jahren gab es nur ein Beispiel einer Entwicklung zu größerer Bildungsgerechtigkeit hin, das auch statistisch messbar ist. Dies war die Öffnung des Gymnasiums für Kinder aus nicht-bürgerlichen Milieus in den späten 60er und frühen 70er Jahren. Diese Öffnung hatte nur für etwa eine Generation Bestand, danach schloss sich das Bildungssystem wieder ab und zeigte, dass es nicht unabhängig vom Gesellschaftssystem zu verstehen ist.

Abschied vom humanistischen Bildungsideal?

Die gegenwärtige Ungleichheit beim Zugang zur Bildung wird durch kulturelle Faktoren zementiert. Während die bildungsbürgerlichen Familien Bildung als an und für sich sinnvoll hoch besetzen und fördern, nehmen die Unterschichten Bildung vorwiegend in der Kategorie des persönlichen Fortkommens wahr. Bildung wird daran gemessen, wie viel Geld und Ansehen bringt sie mit sich bringt.

Wegner konstatierte jedoch auch, dass eine Kultur des Förderns im Vergleich zu anderen Ländern in Deutschland durchaus unterentwickelt ist. Hier wäre selbst unter den gegebenen kulturellen Bedingungen mehr zu erreichen. Ebenso stellte er die Frage nach lebensrelevanter Bildung, die das Ideal des sich selbst reflektierenden Menschen zumindest teilweise hinter sich lässt.

Bildung neu denken

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurde deutlich, welche Grenzen das evangelisch-kirchliche Konzept der „gerechten Teilhabe an Bildung“ hat.

Landessozialpfarrerin Sigrid Reihls betonte, dass in diesem Konzept Ungleiches gleich gemacht werden soll. Die bürgerliche Ideologie der Kindheit als Entfaltung der Persönlichkeit wird auf alle Menschen bezogen, obwohl sie nie für alle Menschen stimmig war. Das Verwertungsinteresse an Bildung wird demgegenüber nicht wahrgenommen oder negativ bewertet.

In der Schlussrunde der Podiumsdiskussion wurden noch einmal drei Aspekte deutlich:

Dr. Gudrun Ramthun (Westdeutsche Arbeitgeberverbände) betonte, dass nur ein Ansatz sinnvoll ist, der schon bei der frühen Bildung im Kindergartenalter beginnt und auch die Persönlichkeit fördert.

Prof. Dr. Gerhard Wegner erinnerte noch einmal daran, dass gerade das in der Kirche vorherrschende Bildungsbürgertum den Willen zu einer Veränderung aufbringen muss.

Norbert Wichmann vom DGB wies darauf hin, dass innere und äußere Schulstruktur in Einklang gebracht werden müssen und sich insofern die Schulstrukturfrage nicht vermeiden lässt, v. a. mit Blick auf die Förderschulen.

Die Vorträge und Diskussionen des zweiten bildungspolitischen Forums wurden durch Praxisbeispiele ergänzt, die zeigten, dass nicht klassischer Schulunterricht, sondern nur eine gezielte persönliche Begleitung von Jugendlichen Erfolg verspricht.

Johan La Gro